

Richtung Iran“. Das war 2009, 2010, als man sich in den USA sorgte, dass die Türkei mit dem Iran gemeinsame Sache machen könnte – was sich mittlerweile aber wieder geändert hat. Ich dachte damals, die verkennen etwas ganz massiv: Die Türkei sucht sich aus, in welche Richtung sie sich bewegt und nicht umgekehrt. Und die Türkei hat damals genauso in Europa gewirkt wie im Nahen Osten, wo sie aber nicht wirklich umarmt wurde, weil viele arabische Regierungen, vor allem aber die Bevölkerung, von der Türkei

1952 ein gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe ist, gewisse Themen an, habe ich mich 2015 gefragt. Denn Sie können aus gesamt Nordafrika zu einem sehr günstigen Tarif visumfrei nach Istanbul fliegen. So sind die vielen Algerier, Marokkaner, Tunesier über die Balkanroute nach Mitteleuropa gekommen. Warum hat man im Lauf des Jahres 2015 nicht die Türkei gebeten: Bitte macht Reisebeschränkungen für Nordafrikaner?

Was ist Ihrer Meinung nach von der Aussage Erdogans zu halten, die Türkei könnte vielleicht der



Blick nach Osten: Erdogan und Chinas Präsident Xi Jinping

keine positive Wahrnehmung haben. Die Türkei steht immer auch noch für osmanische Besatzung, und es herrscht zudem diese wechselseitige Verachtung Türken versus Araber.

Ich habe auch nie verstanden, warum sowohl die Briten als auch die US-Amerikaner immer wieder die Türkei als das Paradebeispiel einer gelungenen Verbindung von Demokratie und Islam bezeichnen. Der politische Islam kennt keine Gewaltentrennung. Wir hatten damals bereits eine Repression gegen die Justiz und ein Aushebeln von unliebsamen säkularen Personen aus der Verwaltung.

Weil Sie die NATO erwähnt haben: Warum spricht man nicht innerhalb der NATO-Strukturen, wo die Türkei seit

Schanghai Organisation für Zusammenarbeit beitreten?

Kneissl: In Bezug auf das Schielen in Richtung Schanghai Organisation für Zusammenarbeit habe ich kürzlich mit einem ehemaligen hochrangigen Militär gesprochen und ihn gefragt, ob die NATO das blockieren oder zulassen würde, dass die Türkei vielleicht Vollmitglied der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit wird, die ja letztendlich ein Militärbündnis ist. Besagter General antwortete, die NATO wird das schlucken müssen.

Das Gespräch führte Bernhard Tomaschitz.

Dr. Karin Kneissl ist promovierte Juristin, Postgraduate in Jerusalem, Washington, Paris; im diplomatischen Dienst bis 1998, seither freischaffend als Autorin und Lehrbeauftragte u. a. für Energiepolitik.

AKP und die Partei der Nationalistischen Bewegung die Türken zu einem „Ja“ aufrufen.

Was den Islam betrifft, ist festzuhalten, dass dieser bereits vor Erdogan, wenngleich in einem wesentlich geringerem Maße als heute, in der Türkei eine Rolle spielte. Halik Karaveli von der privaten Forschungseinrichtung Zentralasien-Kaukasus-Institut weist darauf hin, dass nach Atatürks Tod 1938 die radikale Säkularisierung aufgegeben und eine teilweise Wiederherstellung des Einflusses des Islam im öffentlichen Leben, insbesondere im Bildungsbereich, erlaubt wurde. Der türkische Staat sei zwar einerseits gegenüber islamische Bewegungen im Untergrund, die er nicht kontrollieren konnte, wachsam gewesen, habe aber andererseits den Islam nicht als Feind betrachtet. Mehr noch: Die regierenden Eliten sahen den Islam als einen „Aktivposten“ für den Staat, insbesondere während des Kalten Krieges, „als die Führer in der Türkei – eines NATO-Mitglieds und Verbündeten der USA – Linke unterdrückten, indem sie sie als Sympathisanten der Sowjets und Knechte des gottlosen Kommunismus brandmarkten“. Und General Kenan Evren, der sich 1980 an die Macht putschte, sagte, es sei für die Türkei „undenkbar“, areligiös zu werden.

Der 16. April 2017 könnte nun einen weiteren Wendepunkt in der Geschichte der Türkei darstellen. Der ehemalige Chefredakteur der regierungskritischen Zeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, sieht sein Land auf eine Diktatur zusteuern, sollten seine Landsleute der von Erdogan gewünschten Verfassungsänderung zustimmen: „Die Türkei ist an einem historischen Punkt angelangt. Aus dem demokratischen könnte ein autoritärer Staat werden.“

Wichtigster Punkt der Verfassungsreform (es sollen insgesamt 18 Artikel geändert werden): Der